



Neue Zürcher Zeitung

archiv.nzz.ch

Das Zeitungsarchiv der NZZ seit 1780

Herzlich willkommen im NZZ Archiv

Die von Ihnen bestellte Seite aus dem NZZ Archiv im PDF-Format:

Neue Zürcher Zeitung vom 22.09.1999 Seite 49

NZZ_19990922_49.pdf

Nutzungsbedingungen und Datenschutzerklärung:
archiv.nzz.ch/agb

Antworten auf häufig gestellte Fragen:
archiv.nzz.ch/faq

Kontakt:
leserservice@nzz.ch

Auch andere Museumsstandorte denkbar Machbarkeitsstudie für ein Migrations-Museum in Winterthur

em. Der im vergangenen Jahr in Winterthur gegründete Verein zur Förderung eines Migrationsmuseums möchte bis 2005 ein multimediales Zentrum für Migration errichten (NZZ 26. 3. 99). Als nächstes soll mit einer Machbarkeitsstudie abgeklärt werden, ob sich das ein zweistelliges Millionenbetrag erfordernde Projekt realisieren lässt und ob ein genügend grosses Besucherpotential vorhanden ist. Wie Co-Präsident Markus Hodel an einer Medienorientierung erklärte, ist es dem Verein inzwischen gelungen, die Finanzierung der Studie sicherzustellen. Für das Vorhaben werden rund 100 000 Franken benötigt. Rund 80 000 Franken steuern Stiftungen, die öffentliche Hand sowie die Wirtschaft bei. Weitere 25 000 Franken erbringt der Verein in Form von Eigenleistungen.

Am liebsten möchte der Verein das Projekt auf dem Sulzer-Areal in Winterthur realisieren. Laut Hodel wäre der Standort auf Grund der langen Migrationsgeschichte und des hohen Ausländeranteils der Stadt sowie der Symbolkraft des ehemaligen Industrieareals für das Vorhaben besonders geeignet. Der Sulzer-Konzern, der anfänglich Interesse an einer Zusammenarbeit bekundete, hat einstweilen von einer Beteiligung abgesehen. Nach Auskunft von Mediensprecher Hans-Caspar Ryser steht Sulzer dem Projekt gleichwohl positiv gegenüber. Man wolle jedoch abwarten, bis sich dieses konkretisiere. Bei den anderen grossen Winterthurer Firmen ist das Projekt vorerst ebenfalls nicht auf Gegenliebe gestossen. Da auch die Stadt statt der beantragten 30 000 Franken lediglich 5000 Franken bewilligt hat, will der Verein weitere Standorte prüfen. Co-Präsident Xavier Bellprat (Winterthur) macht geltend, dass das Museum ebensogut in einer anderen Stadt errichtet werden könnte. Den grössten Beitrag hat mit 30 000 Franken die Winterthurer Volkart-Stiftung zugesichert, gefolgt vom Kanton Basel-Stadt mit 10 000 Franken.

Die Studie, die ein renommiertes Institut erarbeiten wird, soll laut Bellprat Auskunft über die

Machbarkeit und die Finanzierbarkeit geben und auch einen Businessplan enthalten. Bestandteil der Studie ist ferner die Standortevaluation. Den wissenschaftlichen Teil werden die Migrationsforscher Georg Kreis und Andreas Wimmer beisteuern. Das Ausstellungskonzept wird durch Bellprats international tätige Firma Bellprat Associates (Winterthur) erstellt. Hodel zeigt sich überzeugt, dass ein solches Museum einem grossen Bedürfnis entspricht. Verschiedene Fachleute, unter ihnen Jean-Daniel Gerber, Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge, hätten die Idee als prüfenswert erachtet.

Im Frühjahr 2000 sollen die Entscheidungsgrundlagen für das weitere Vorgehen vorliegen. Sofern die Studie die Machbarkeit bejaht, wird der Verein ein Patronatskomitee zusammenstellen und Sponsoren für die Realisierung des Projekts suchen. Laut Hodel will man «nicht einfach ein zusätzliches Museum errichten, das von der öffentlichen Hand finanziert werden muss». Angestrebt wird ein Besucheraufkommen von jährlich rund 100 000 Personen. Die Initianten sind sich bewusst, dass dieses Ziel nicht mit einem allein auf pädagogische Zwecke ausgerichteten Museumskonzept erreicht werden kann. Laut Bellprat soll es auch phänomenologische Ansätze enthalten. Als Vorbild dient den Initianten das Technorama in Oberwinterthur, das die Zuschauerzahlen mit einer Umstellung auf interaktive Ausstellungen in den letzten Jahren markant erhöhen konnte. Bellprat rechnet mit einer Mindestfläche von rund 5000 Quadratmetern.

Das Migrationsmuseum soll nicht nur die vielfältigen Aspekte der Migration aufzeigen, die Toleranz fördern und die Geschichte der Migration thematisieren, sondern auch als Forum für interkulturelles Verständnis dienen. Im neuen Museum sollen neben Wechselausstellungen auch Symposien und kulturelle Anlässe stattfinden. Hodel verweist darauf, dass es zumindest in Europa noch kein derartiges Museum gebe.

Gossau verschärft Einbürgerungspraxis EDV an Primarschule abgelehnt

af. In Gossau haben 47 der rund 500 Bürgerinnen und Bürger die Bürgergemeindeversammlung besucht, welche über die von drei Stimmberechtigten im Auftrag der SVP Gossau eingereichte Initiative zur Einführung einer Verordnung über die Erteilung des Gemeindebürgerrechtes zu befinden hatte. Zur Begründung hiess es, mit der steten Liberalisierung der Gesetzgebung sei eine immer größere Kontrolle der gesetzlichen Eignungsvorschriften einhergegangen. Wichtigste Grundsätze der neuen Verordnung sind die Herabsetzung der gesetzlichen Mindestaufenthaltsdauer in der Gemeinde von zwei auf fünf Jahre und die Schaffung einer Einbürgerungskommission. Diese besteht aus zwei Mitgliedern des Gemeinderates mit Gossauer Bürgerrecht und drei weiteren Bürgerinnen und Bürgern. Die Geschulten bleiben während der Verhandlungen und der Abstimmung in der Bürgergemeindeversammlung ausgeschlossen.

Die Bürgerliche Abteilung des Gemeinderates beantragte Ablehnung der Initiative. Sie fand, eine solche Verordnung auf Gemeindeebene führe im Grundsatz zu noch mehr Staat. Die heute gültigen Beurteilungskriterien und die Geschultenprüfung genügen. Es entspreche der Charakteristik der Gemeindeversammlung, dass die Meinung offen gesagt und in den Abstimmungen

kundgetan werde. Die Anwesenden hiessen jedoch in geheimer Abstimmung mit 33 zu 14 Stimmen die Initiative und damit die ausformulierte Verordnung gut.

An der Versammlung der Politischen Gemeinde beteiligten sich 215 Stimmberechtigte. Mit einer Einzelinitiative wurde die Subventionierung des «Chinderhuus Flügelpilz» durch eine Betriebsdefizitgarantie bis zum Betrag von 45 000 Franken pro Jahr verlangt. Der Antrag des Gemeinderates lautete auf Ablehnung. Die von einem Verein geführte Kinderkrippe entspreche zwar einem Bedürfnis, doch seien die Kosten pro betreutes Kind unangemessen hoch. Zudem hätte die verlangte Defizitgarantie präjudizierende Wirkung auf andere Betreuungsangebote für Kinder in Gossau, fand die Exekutive. Der Souverän entschied sich mit 107 gegen 94 Stimmen für Annahme der Initiative.

Mit 6 Stimmen Differenz wurde das Kreditbegehren von 283 000 Franken, verteilt auf drei Jahre, zur Einführung von Informatik an der Primarschule abgelehnt. Die Gegner fanden, an der Unterstufe bedeute die Informatik eine zu grosse Belastung für die Kinder. Der Abänderungsantrag, die Informatik nur an der Mittelstufe einzuführen, wurde mit 102 gegen 55 Stimmen abgelehnt.

In Kürze

Stäfa fasst erneut Steuersenkung ins Auge

pem. Dank sprudelnden Grundsteuereinnahmen hat sich der Finanzhaushalt der Gemeinde Stäfa in den letzten Jahren nachhaltig verbessert. Gemäss einer Mitteilung ist für das Budget 2000 eine neuerliche Steuersenkung in Prüfung. Bereits für das laufende Rechnungsjahr hatte der Steuerfuss um 8 Prozentpunkte gesenkt werden können, derweil die Schulgemeinde ihren Ansatz um 3 Steuerfussprozente erhöhen musste.

Ämterrochade im Gemeinderat Rüschlikon

pem. Der in einer Ersatzwahl in den Gemeinderat Rüschlikon nachgerückte Eric Widmer übernimmt das Gesundheitsressort, das bisher von Ruedi Schönenberger betreut wurde. Schönenberger wechselt anstelle des zurückgetretenen Thomas Leins zum Hochbauamt, dem er künftig als Bauvorstand vorstehen wird. Eric Widmer übernimmt zusätzlich das Vizepräsidium der Sozialbehörde und das Nebenressort Schulpflege.

Bäretswil mit dreiteiliger Sekundarschule

af. Bäretswil führt gemäss Beschluss der Gemeindeversammlung die dreiteilige Sekundarschule ein. Mit dieser kann es auch als kleine Gemeinde weiterhin drei Niveaus in allen Fächern anbieten.

Sinkende Abfallgebühren in Illnau-Effretikon

w/fr. Dank der günstigen Kostenentwicklung kann die Stadt Illnau-Effretikon die Gebühren für Haushaltabfälle auf den 1. Januar 2000 senken. Die Entsorgung eines 35-Liter-Sackes kostet inklusive Mehrwertsteuer neu Fr. 2.- statt Fr. 2.35. Zur Vereinfachung der Kontrolle für die Entsorgungsdienste wird ein einheitlicher Gebührensack eingeführt, dessen Herstellungskosten ebenfalls in der Gebühr enthalten sind. Die bisherigen Gebührenmarken können zukünftig – auch zum reduzierten Preis – für Sperrgut eingesetzt werden.

Detailprojektierung für Altersheim Uznach

pem. Die Pläne für den Bau eines neuen Altersheims in Uznach sind durch Einsprachen behindert. Die Gemeinde und die Firma Schubiger, auf deren Grund und Boden das Heim entstehen soll, sind nun übereingekommen, ihre jeweiligen Baupläne unabhängig voneinander weiterzuentwickeln.

Holzsteg Rapperswil-Hurden bald eingabereif

pem. Die Pläne für einen neuen Fussgängersteg zwischen Rapperswil und Hurden sind bald reif für das Baubewilligungsverfahren. Der Steg soll als 850 Meter lange und 2 Meter 40 breite Holzkonstruktion auf Eichenpfählen ruhen. Die Pfähle werden 8 Meter tief in den Seegrund gerammt. Der Steg kommt durchgehend 1 Meter 50 über dem Normalwasserspiegel zu liegen. Als Bauherrschafft fungieren die Gemeinden Rapperswil und Freienbach. Auf Grund des Vorprojektes ist mit Baukosten von rund 2,3 Mio. Fr. zu rechnen. 1,7 Mio. Fr. haben die Initianten bereits gesammelt, sie hoffen nun auf namhafte Staatsbeiträge seitens der Kantone Schwyz und St. Gallen.

«Blick» rekurriert gegen Obergerichts-Urteil

(sda) Der «Blick» rekurriert gegen ein Urteil des Zürcher Obergerichts. Dieses hat vor zwei Wochen einen Journalisten des Blattes wegen Anstiftung zur Amtseheimmisshandlung zu einer Busse von 500 Franken verurteilt (NZZ 8. 9. 99). Gegen das Urteil wird kantonale und eidgenössische Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt. Der Journalist war im September 1997, wenige Tage nach dem Raub in der Zürcher Fraumünsterpost, im Besitz einer Namensliste von mutmasslichen Tätern und Verdächtigen. Er bat telefonisch eine Verwaltungsassistentin der Staatsanwaltschaft zu prüfen, ob auf der Liste Personen mit Vorstrafen aufgeführt seien.



Die Belagsfertigermaschinen bringen die Heissmischtragschicht aus; bei schönem Wetter rund 400 Meter pro Tag. (Bild Hofer/b.)

Sicherheit vor Schnelligkeit Die Belagsarbeiten auf der Autobahn A 1

ege. Auf der Nationalstrasse A 1 zwischen dem Limmattalerkreuz und der Kantonsgrenze Aargau wird gegenwärtig der Oberbau saniert. Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat für die Instandstellung der stark beanspruchten Fahrbahnen – täglich passieren im Durchschnitt 85 000 Fahrzeuge diesen Abschnitt – einen Kredit von 35 Millionen Franken bewilligt. Im Kredit enthalten ist eine Erweiterung des Lärmschutzes. Weitere 20 Millionen Franken wurden für die Verlängerung der heute problematischen Einspurstrecke in Richtung Zürich zur A 20 gesprochen. Die Sanierungsarbeiten umfassen nebst der Erneuerung des Belags Ergänzungen an Kabelrohr- und Entwässerungsanlagen. Bei den Brücken werden schadhafte Beton und korrodierte Armierungseisen ersetzt. Auf der ganzen Länge der Baustelle werden die Sicherheitsvorrichtungen erneuert.

Das kantonale Tiefbauamt hat die Medien zu einer Baustellenbegehung der A 1 bei Geroldswil eingeladen. In Gang war die Ausbringung der ersten Heissmischtragschicht, einer schwarzen Masse aus Bitumen, Kies und Sand, die dampfend heiss, mit 160 Grad Celsius, von den mächtigen Belagsfertigermaschinen auf das Trasseegelert und anschliessend mit Walzen abgeglättet und verdichtet wird. Der ersten, zehn Zentimeter starken Schicht folgt eine zweite in gleicher Höhe, in einem dritten Arbeitsgang wird zum Abschluss die Verschleisschicht aufgetragen.

Ungemütlicher Arbeitsplatz

Die sich langsam vorwärts bewegenden Belagsfertigermaschinen, die zur Vermeidung von Wellen nicht anhalten dürfen, werden durch Lastwagen laufend mit neuem Mischgut gefüttert. Für die nun in Arbeit stehenden beiden Fahrspuren in Richtung Bern werden 8000 t Mischgut benötigt, was rund 500 Lastwagen entspricht. Bei trockenem Wetter kann der Arbeitsgang auf der 2,4 Kilometer langen Strecke in sechs Tagen abgewickelt werden.

Die Umgebung für die Arbeiter auf der Baustelle ist feindlich. Allein durch schockfarbige Kleider geschützt, bewegen sie sich direkt neben der Fahrbahn, auf der ununterbrochen Fahrzeuge mit 100 km pro Stunde vorbeirasen. Wie an der Medienorientierung zu hören war, wird die Geschwindigkeitsbeschränkung dank Warnung vor

Radar gut respektiert. Unfälle auf der Baustelle haben sich bisher keine ereignet. Aus Sicherheitsgründen und für den Zu- und Abtransport von grösseren Materialmengen wird tagsüber zeitweise eine Fahrspur Richtung Bern gesperrt. Dies führt zu stockendem Kolonnenverkehr und gelegentlichen Staus. Schichtbetrieb ist nach Angabe des Tiefbauamtes nicht möglich, da beim hohen Verkehrsaufkommen Nacharbeit zu gefährlich wäre und zudem bei Kunstlicht der Belag nicht ohne Wellen erstellt werden könnte.

Ab Oktober Ärger im Bareggunnel

Die zurzeit laufenden Sanierungsarbeiten des mittleren Fahrstreifens und der Überholspur sollten bis Anfang Oktober abgeschlossen sein. Damit dürfte sich der Ärger der Autofahrer wieder vermehrt auf den Bareggunnel konzentrieren. Ab Oktober bis Juni 2000 erfolgt die Fahrstreifen-erweiterung Limmattalerkreuz Richtung Zürich, von März bis Juni wird der erste Fahrstreifen Richtung Zürich instand gestellt. Danach sind der Mittel- und der Überholstreifen an der Reihe. Für freie Fahrt auf der vollständig sanierten Autobahn A 1 auf zürcherischem Gebiet muss man sich bis im November des nächsten Jahres gedulden.

Abwasserverordnung Wetzikon bachab

af. Mit seinem Bestreben, die kostendeckenden Gebühren für die Siedlungsentwässerungsanlagen verursachergerechter zu erheben, ist der Gemeinderat Wetzikon ein zweites Mal gescheitert. Die neue Verordnung sah vor, einen Drittel des Aufwandes (total 5,9 Millionen Franken im Jahr 2000) durch eine Grundgebühr für erschlossene Grundstücke, differenziert nach versiegelten und nicht versiegelten Flächen, zu decken. Die restlichen zwei Drittel basierten auf einer Mengengebühr für den Frischwasserbezug. Dagegen opponierte an der von 211 Stimmberechtigten besuchten Gemeindeversammlung das Gewerbe. Die neue Verordnung wurde mit 110 gegen 85 Stimmen abgelehnt. Es bleibt somit bei der bisherigen Finanzierung ausschliesslich über den Frischwasserbezug. Alle übrigen Anträge passierten einstimmig.

Anzeige

Wer in Bern etwas bewegen will,
braucht Ausdauer.

Darum wieder
in den Nationalrat:

Erich Müller

Erich Müller FDP-Liste 15.
Und in den Ständerat:
Vreni Spoerry.



Weitere Informationen zu Erich Müller finden Sie auf www.erich-mueller.ch oder info@erich-mueller.ch Komitee Erich Müller, 8472 Seuzach, PC 84-4976-7

